Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreis: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatl. 3.– RM. Postbezug 3.– RM. (einschließl. 18,6 Rpf. Postzeitungsgebühren), hierzu 36 Rpf. Bestellgeld. Halbmonatl. 1.– RM. Kreuzbandsendung: Inland 2,1 Rpf., Ausland 1.– RM. wöchentl. Einzelpreis: Außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf., in Groß-Dresden 10 Rpf.

Anzeigenpreise: Grundpreis: die zweispaltige mm-Zeile 34 Rpf., private Familienanzeigen zweispaltig 22 Rpf., die zweispaltige mm-Zeile als Werbeanzeige 1,35 RM. Nachlaß nach Preisliste 1 oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschließlich Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 11 gültig.

Verlag und Schriftleitung: Dresden A, Ferdinandstraße 4 • Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27951 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nr. 201 | Freitag, 28. August 1942 | 50. Jahrgang

Kesselerfolg deutscher Panzerdivision vor Stalingrad

Stellungen auf den Kaukasuspässen erweitert

Fluchtschiffe in der Kertschenge vernichtet — Schwere sowjetische Panzerverluste im mittleren Abschnitt

dnb. **Mit unverminderter Heftigkeit dauern die Kämpfe im Raum von Stalingrad an. Mit dem Mute der Verzweiflung versuchen die Sowjets, den deutschen Vormarsch aufzuhalten, und ihre erbitterten Gegenangriffe gegen den weit vorgestoßenen deutschen Angriffskeil, die im OKW.-Bericht gemeldet wurden, bestätigen, wie ernst die sowjetischen Machthaber die Lage beurteilen. Auch diesmal ist der Feind blutig abgewiesen worden. Die Aufmerksamkeit der gesamten Welt richtet sich auf das Ringen um die Stadt, der Stalin seinen Namen gegeben hat.**

Südwestlich Stalingrad gelang es, wie das OKW. mitteilt, einer deutschen Panzerdivision, nach Ueberwinden starker in einem tiefeingeschnittenen Bachlauf gelegener Bunkerstellungen in die Flanke der Bolschewisten vorzustoßen und unter Führung ihres Divisionskommandeurs tief in den Rücken der feindlichen Stellungen einzudringen. Beim Angriff mußte ein völlig deckungsloses Steppengelände, das mit zahlreichen Bunkern, eingegrabenen Panzern und Zehntausenden von Minen befestigt war, überwunden werden. In Ausnutzung ihres Erfolges stellten die Panzerverbände die Verbindung mit einer Infanteriedivision her und schnitten damit stärkere bolschewistische Kräfte von ihren Verbindungen ab. Beim Ausräumen des so entstandenen Kessels hatten die Bolschewisten, die bis zuletzt auszubrechen versuchten, sehr schwere Verluste. Rund 2000 Gefangene und zahlreiche Waffen fielen in deutsche Hand. Die Luftwaffe vernichtete im Raum von Stalingrad durch Bombenteppich 20 Panzerkampfwagen und setzte 19 Geschütze außer Gefecht.

In der Meerenge von Kertsch versuchten die Bolschewisten mit mehreren Schiffen, die mit Flüchtlingen und Material aus den von ihrem Hinterland abgeschnittenen feindlichen Stützpunkten an der Ostküste des Asowschen Meeres beladen waren, die Durchfahrt zu erzwingen. Durch Volltreffer der deutschen Küsten- und Flakartillerie wurden fünf Schiffe in Brand geschossen und ein weiteres schwer beschädigt. Südlich des unteren Kuban stellten die Bolschewisten infolge der an den Vortagen erlittenen hohen Verluste ihre Gegenangriffe gegen die vordringenden deutschen und verbündeten Truppen ein.

Im Kaukasusgebiet verbreiterten die deutschen Einheiten ihre auf den Paßhöhen gewonnenen Stellungen und säuberten das Kampfgelände von Widerstandsnestern und versprengten bolschewistischen Gruppen. Hierbei mußten an einer Stelle 15 zäh verteidigte Baumsperren niedergekämpft und an anderer Stelle eine beherrschende befestigte Höhe sowie eine größere Ortschaft gestürmt werden. In weiteren Kämpfen nahmen Truppen einer Jägerdivision im Häuserkampf einen Stützpunkt der Bolschewisten.

Im mittleren Frontabschnitt zerbrachen alle feindlichen Angriffe an der unerschütterlichen Tapferkeit und Einsatzbereitschaft der deutschen Truppen. Im Raum nordwestlich Medyn gelang es im Zusammenwirken mit der Luftwaffe, eine Einbruchsstelle zu bereinigen und die eingedrungenen feindlichen Kräfte zu vernichten. Bei Angriffen auf bereitgestellte Panzer wurden durch deutsche Kampfflugzeuge 46 bolschewistische Panzerkampfwagen vernichtet. Im Raum von Rschew verliefen auch am 26. August die Angriffe der Bolschewisten überaus verlustreich für den Feind. Die Hauptkampfstellungen blieben fest in deutscher Hand. In zahlreichen Einzelgefechten, bei denen die Bolschewisten erneut schwere Panzerverluste hatten, wurden die zwischen den vorgeschobenen Stellungen eingesickerten feindlichen Kräfte aufgerieben.

Im nördlichen Frontabschnitt kam es am 26. August südwestwärts des Ilmensees, am Wolchowbrückenkopf und an der Einschließungsfront von Leningrad zu örtlichen Kämpfen. Ein erbitterter Nahkampf entwickelte sich am Wolchowbrückenkopf bei der Abwehr eines feindlichen Panzerstoßes, der unter dem Schutz künstlichen Nebels geführt wurde.

Schukows Angriffe enttäuschen

Br. **Berlin.** Der Londoner „Daily Herald" zeichnet in seiner Freitagsausgabe ein düsteres Bild der Lage bei Stalingrad. Das Blatt erklärt, es gebe Kreise in England, die mit einer Art großsüdiger Handbewegung über die schweren Menschenverluste bei den Verteidigungskämpfen im Wolga- und Kaukasusgebiet und bei den Angriffen im Sektor von Rschew hinweggehen und immer wieder von den „unerschöpflichen Menschenreserven" der Sowjetunion reden. Diese Auffassung sei zweifellos einmal richtig gewesen, aber heute sei sie es nicht mehr.

Wenn man die Deutschland zur Verfügung stehenden Menschenreserven in Europa mit denen der Sowjetunion vergleiche, so könne man feststellen, daß Deutschland heute über zweimal soviel Menschenreserven verfüge als die Sowjetunion nach dem Verlust ihrer bevölkertsten Gebiete. Infolgedessen dürfe man nicht so zuversichtlich von der Möglichkeit einer neuen, früher angelegten sowjetischen Gegenoffensive reden, wie dies in England manchmal geschehe.

Die von Moskau immer stärker herausgestellten Gegenangriffe General Schukows, der, wie an anderer Stelle gemeldet, zum stellvertretenden Verteidigungskommissar ernannt wurde, im Zentralabschnitt der Front, werden in London nach wie vor skeptisch verfolgt. Die Sowjets griffen zwar, so erklärt man, mit ihrer gewohnten Hartnäckigkeit an, hätten aber über örtliche Erfolge hinaus die deutsche Front weder zu erschüttern vermocht, noch eine Erleichterung der Lage Timoschenkos herbeiführen können. In einem amerikanischen Bericht wird festgestellt: „Es ist leider General Schukow während der Kämpfe um Rschew nicht gelungen, deutsche Truppenverstärkungen von der Südfront nach Norden abzulenken."

Slowakische Bilanzen

In Reden und Aufsätzen leitender slowakischer Staatsmänner wird immer wieder betont, daß die Gewähr für die Eigenstaatlichkeit und Selbständigkeit der Slowakei in dem Bekenntnis zum Nationalsozialismus beruhe. Dieses Bekenntnis sei zusammen mit der aufrichtigen Freundschaft zu Deutschland der Garant einer glücklichen und freien Entwicklung der slowakischen völkischen Eigenart. Doch gebe es noch Kreise, die dieser Auffassung verständnislos, ja manchmal feindlich gegenüberstünden und die Hauptaufgabe der slowakischen Politik in der Errichtung eines hohen, womöglich undurchsichtigen Zaunes rings um das Land sehen möchten. Das Blatt der Hlinkagarde „Gardista" erklärt dazu, die Geschichte habe bewiesen, daß es für ein kleines Volk nichts Gefährlicheres gebe, als das Festhalten an alten, unzulänglichen Formen und fixen Ideen. Die slowakische Politik habe dem Volk den Weg zur materiellen und kulturellen Entwicklung zu bahnen, um Freunde zu gewinnen und seine Interessen mit den identischen Interessen anderer Völker zu verbinden. Die slowakische Politik müsse an Gedankengänge anknüpfen, die dem slowakischen Denken und Fühlen verwandt seien, ohne allerdings die natürlichen slowakischen Grundlagen zu verlassen. Durch elastische Ausgleichung müsse wettgemacht werden, was der Slowakei an Macht und Durchschlagskraft fehle, auch wenn man sich dadurch gezwungen sehe, gewisse Illusionen aufzugeben. Jede Isolierung und jedes utopische Träumen habe den Slowaken Verlust gebracht. Slowakische Politik machen, heiße heute mehr denn je, die großen europäischen Gedanken zu übernehmen und auszunützen. Am Schluß unterstreicht „Gardista" die Notwendigkeit, die Grundsätze des Nationalsozialismus in das politische Programm der Slowakei einzubauen. Nur der Nationalsozialismus könne die slowakische Wiedergeburt gewährleisten und die Slowakei zu einem vollberechtigten Mitglied der kommenden europäischen Völkergemeinschaft machen.

Innenpolitische Reformen

In der Schaffung eines Organisationsinstitutes für die „Slowakische arbeitende Gemeinschaft", einer von der Slowakischen Volkspartei Dr. Kas politisch gelenkten Organisation, ist der Anfang eines Neuaufbaues des politischen Lebens in der Slowakei zu erkennen. In der Slowakischen arbeitenden Gemeinschaft sollen alle Slowaken zusammengefaßt und in vier Stände gegliedert werden. Bemerkenswert ist ein Beschluß des Präsidiums der Slowakischen Volkspartei, der eine Ausnahme von der Verpflichtung aller Slowaken zur Mitgliedschaft in der arbeitenden Gemeinschaft für die Angehörigen der slowakischen Wehrmacht und der Sicherheitsformationen, für die Angestellten des Obersten Kontrollhofes und die Mitglieder kirchlicher Orden festlegt. In einer Sitzung des engeren Parteiausschusses der Slowakischen Volkspartei wurden Richtlinien zur Reorganisation der Partei festgelegt. Ein dem Parlament zugegangener Gesetzesantrag sieht die Neuorganisation und Vereinfachung der inneren Verwaltung der Slowakei vor. Darin wird vor allem die Auflösung aller Gauämter und der Gauselbstverwaltung beantragt und die Errichtung von Gauinspektionsämtern vorgesehen. Von der slowakischen Presse wurde die Zweckmäßigkeit des neuen Gesetzes unterstrichen, das in den außerordentlichen Zeiten ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen den einzelnen Aemtern verbürge. Für Anfang September ist eine Beratung über die Reform der inneren Verwaltung in Preßburg vorgesehen, die, neugeordnet, im nächsten Jahre in Kraft treten soll.

Die Entjudung

Wie beherrschend die Stellung der Juden in der slowakischen Wirtschaft war, geht aus folgender amtlichen Aufstellung hervor. Der jüdische Besitz in der Slowakei betrug 4,3 Milliarden Kronen, die Verschuldung 1,1 Milliarden Kronen, so daß 3,2 Milliarden Kronen Reinvermögen verbleiben. Es kann dabei angenommen werden, daß der eigentliche Wert des jüdischen Besitzes noch höher war, da die Juden absichtlich ihren Besitz niedriger, als es dem tatsächlichen Werte entspricht, eingeschätzt haben, so daß man ihn mit ungefähr 5 Milliarden Kronen annehmen kann. Bisher wurden 20 Prozent des Judenvermögens, das sind rund 650 Millionen Kronen, in Form einer außerordentlichen Abgabe an den slowakischen Staat abgeführt. Der verbleibende jüdische Besitz fällt bei Aussiedlung automatisch an den slowakischen Staat. Das bewegliche jüdische Vermögen wird nach neuen Richtlinien vom Finanzministerium verwaltet oder liquidiert, während der unbewegliche Besitz in den Händen des staatlichen Bodenamtes verbleibt und nach und nach durch Verkauf in arische Hände übergehen soll. Bei der durch die genannte Statistik aufgezeigten Verjudung der Wirtschaft in der Slowakei bis zu ihrer Selbständigkeit war es verständlich, daß mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben schwierige Aufgaben erwuchsen, die nicht ganz ohne Störungen gelöst werden konnten.

Wie aus einer amtlichen Aufstellung weiter hervorgeht, sind von den 89 000 Volljuden, die die Slowakei 1939 als Staatsbürger übernommen hatte, bisher 50 000 aus der Slowakei ausgesiedelt worden, während sich etwa 8000 durch die Flucht nach Ungarn ihrer Aussiedlung vorläufig entzogen. Mischlinge und an Mischehen beteiligte Juden gibt es insgesamt 6000, die in dieser Zahl nicht berücksichtigt sind. Von den rund 25 000 noch in der Slowakei befindlichen Juden, die etwa 0,7 Proz. der Gesamtbevölkerung ausmachen, werden 6000 in nächster Zeit das Land verlassen. Der Rest wird nach und nach aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden, so daß man damit rechnet, zu Ende des Jahres keine nennenswerte Anzahl von Juden in der Slowakei mehr zu haben.

Anläßlich des Todestages des evangelischen Pfarrers Martin Rázus, der für eine Einigung der Slowaken auf religiösem Gebiet eingetreten war, gedachte die slowakische Presse seiner Zusammenarbeit mit Andreas Hlinka. Unter Hinweis auf die Zusammenarbeit zwischen Rázus und Hlinka in politischen und kirchlichen Fragen stellte das Regierungsblatt „Slovak" fest, man müsse einige schädliche Auswirkungen in kirchlichen Fragen in der Slowakei entfernen, die die slowakische Nation in zwei Lager spalten würden. Das Blatt betont die Notwendigkeit einer festeren Zusammenarbeit zwischen Protestanten und Katholiken auf allen Gebieten des täglichen Lebens, die als Erfordernis der nationalen Einheit ein Fortkommen und eine Festigung des slowakischen Volkes verbürge.

Eduard Springer

London lenkt auf das Mittelmeer ab

Folgen der Dieppe-Katastrophe — Ernennung eines zweiten Ministers im Mittleren Osten

△ **Stockholm** (Eig. Dienst). Offiziell wird jetzt in London mitgeteilt, daß Lord Moyne zum zweiten Minister im Mittleren Osten ernannt wurde unter gleichzeitiger Erhöhung zum Rang eines Kabinettmitgliedes. Moyne soll die Aufgabe haben, Casey, den britischen Staatsminister für den Mittleren Osten, in der Ausübung von dessen „ständig wachsenden Verpflichtungen" zu unterstützen. Casey wurde bekanntlich vor einigen Monaten als Nachfolger Lyttletons unter Umständen, die eine starke Verstimmung zwischen Australien und London hervorrief, auf seinen Posten in Kairo berufen. Wenn er heute einen zweiten Mann bekommt, der immerhin auch Kabinettsmitglied, wenn auch nicht wie Casey Angehöriger des engeren Kriegskabinetts, ist, so dürfte die Aufgabenteilung zwischen beiden im wesentlichen der Schaffung der beiden Oberkommandos in Kairo und in Iran folgen.

Der 62jährige Lord Moyne war unter anderem von 1925 bis 1929 Landwirtschaftsminister und von 1941 bis Februar 1942 Kolonialminister sowie gleichzeitig Führer des Oberhauses, bis er in beiden Funktionen von Lord Cranborne abgelöst wurde.

Die Vorstellung von der zweiten Front hatte in England unter dem Druck Moskaus weite Kreise in ihren Bann gezogen; jedoch hat nunmehr das Fiasko von Dieppe bei allen einsichtigen Engländern die letzten Zweifel über die Stärke der deutschen Abwehr beseitigt. Aus dieser Konstellation heraus ist es zu verstehen, daß, wie ein schwedischer Korrespondent mitteilt, die sogenannte „Mittelmeerschule" wieder mehr in den Vordergrund tritt als bisher. Es handelt sich dabei um jene Vorstellung, daß seit der Vertreibung der Briten vom Kontinent die einzige militärische Chance Englands nur im Mittelmeer liegen könnte, um von dort her unter Benutzung der britischen Positionen im Nahen Osten und in Nordafrika Erfolge gegen die südlichen Ränder des europäischen Kontinents zu erringen. Diese Vorstellung hat zwar gerade in den letzten Wochen durch die Erfolge Rommels beträchtlich an Grundlagen verloren, auf denen sich eine solide strategische Kalkulation aufbauen ließe, und schon früher ist eine andere Vorstellung der gleichen Schule zusammengebrochen, wonach für England die Möglichkeit bestände, Italien aus dem Achsenblock „herauszuhauen". Wenn diese Anschauungen heute aber trotzdem wieder einen größeren Einfluß gewinnen, so ist das nur zu verstehen auf dem Hintergrund der Enttäuschung über Dieppe. Von dieser Warte aus, so teilt der erwähnte schwedische Korrespondent mit, wird heute die Ansicht vertreten, England müsse daher alle seine Kräfte auf bereits vorhandene Fronten konzentrieren, statt eine neue zu suchen. So verhängnisvoll die Schlachten an der Ostfront für die Westmächte auch ausgehen mögen, so könnten die dortigen Niederlagen doch niemals so ernste Folgen haben wie eine britische Niederlage im Mittleren Osten. Der Bericht des schwedischen Korrespondenten läßt nicht erkennen, wie weit jene englischen Kreise an diese Pläne im Ernst glauben, die angesichts der Lage in Aegypten den Charakter sehr merkwürdiger Phantasien haben.

In diesem Zusammenhange verdienen Erklärungen des Oberbefehlshabers der britischen Mittelmeerflotte, Admiral Harwood, hervorgehoben zu werden, der in einem Interview sagte, daß Anstalten unternommen worden seien, um eine engere Zusammenarbeit zwischen den Luftstreitkräften einerseits und den Ueber- und Unterwasserflotten andererseits zu sichern. Die Flotten können keine normalen Operationen ohne tatkräftige Unterstützung aus der Luft ausführen. Der Luftfaktor sei im Mittelmeer von allergrößter Bedeutung, und der feindliche Vorstoß bis zur El-Alamein-Linie habe die Alliierten der Flugplätze beraubt, von denen der nötige Jägerschutz der Marine in gewissen Gebieten gegeben werden könnte. Westlich von Alexandrien könne Luftunterstützung gegenwärtig nur auf relativ kurze Entfernungen gewährt werden.

„Wenn wir die Cyrenaika wiedererobern", so fuhr der Admiral in seinen Wunschbetrachtungen fort, „dann würde unsere starke Flotte im Mittelmeer imstande sein, auf lange Distanz zu operieren gegen Ziele zu Lande und zur See. Alles hängt von den Bodenoperationen ab."

Wie der Londoner Korrespondent von „Dagens Nyheter" wissen will, soll die Frage der Hilfe für die sowjetischen Kaukasusstreitkräfte im Vordergrund der Moskauer Konferenz gestanden haben. Wahrscheinlich würde schon jetzt anglo-amerikanisches Kriegsmaterial geliefert werden oder es würde bald dem Arsenal der in Iran stehenden britischen Armeen entnommen und direkt an die Sowjetunion gesandt werden. Falls der Entschluß gefaßt werden sollte, englische und amerikanische Truppen nach dem Kaukasus zu senden, so nehme man an, daß diese „Truppen" aus einer kleinen Anzahl von Spezialisten und Technikern bestehen würden. Die militärische Lage der Sowjetunion erschwere zweifellos in großem Maße eine anglo-amerikanische Landung in Westeuropa. Obwohl Dieppe, so fährt der Korrespondent vorsichtig, aber deutlich fort, den englischen Angriffsgeist bewiesen habe, so habe er doch auch „einiges Material zum Nachdenken" geliefert.

Churchill wurde am Donnerstag vom König Georg zur Berichterstattung über seinen Aufenthalt in der Sowjetunion und im Nahen Osten empfangen. General Wavell ist von seinen Besprechungen in Kairo mit Churchill und Smuts wieder in Indien eingetroffen. Er hat sich an die Burmafront begeben, wo er Besprechungen mit der chinesischen Generalität begann.

Neue japanische Landung auf Neuguinea

MacArthur muß Mißerfolg der „alliierten" Luftverteidigung zugeben

△ **Stockholm** (Eig. Dienst). In einem Kommuniqué muß das Hauptquartier des Generals MacArthur eingestehen, daß „trotz heftigem Widerstand" von seiten der „alliierten" Luftwaffe die Japaner Streitkräfte in der Milnebucht an der Nordostküste Neuguineas gelandet hätten, die ein Geleitzug heraugebracht habe. Die Ueberraschung in Amerika dürfte um so peinlicher sein, als sich in den letzten Wochen Washington redliche Mühe gegeben hat, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß im südwestlichen Pazifik die Initiative auf die Australier und Amerikaner übergegangen sei.

Einzelheiten der zweiten Salomonschlacht

⊙ **Tokio.** Der Ausgang der zweiten Salomonschlacht wird in japanischen Pressekommentaren als eine weitere einwandfreie Niederlage der Nordamerikaner bezeichnet. Bei den beschädigten nordamerikanischen Flugzeugträgern handelt es sich, wie „Nitschi Nitschi" mitteilt, offensichtlich um Schiffe, die erst nach Ausbruch des Ostasienkrieges in Dienst gestellt wurden. Ueber den Ablauf der Seeschlacht erfährt „Domiuri Hoschi" noch folgende Einzelheiten: Um 15.30 Uhr am 24. August stellten japanische Aufklärer nordamerikanische Flotteneinheiten fest, die östlich der Salomoninseln auf Nordkurs fuhren. Der japanische Luftangriff konzentrierte sich auf die Flugzeugträger und das Schlachtschiff, welche den Kern des feindlichen Geschwaders bildeten. Der große Flugzeugträger erhielt zahlreiche Volltreffer, die große Feuer auf dem Flugdeck verursachten.

„Einladungen" Roosevelts

× **Tokio.** Roosevelt hat nach einer Meldung der „Japan Times and Advertiser" die Ministerpräsidenten von Neuseeland, Australien und Südafrika, Fraser, Curtin und Smuts, nach Washington an einer Konferenz eingeladen. Fraser ist bereits in Washington.

Es ist etwas ganz Außergewöhnliches, so schreibt das Tokioer Blatt, daß diese drei Premiers britischer Dominions nicht vom britischen Premierminister, sondern vom Präsidenten der USA. zu einer Konferenz zusammenberufen werden. Außerdem müßte der Konferenzort London und nicht Washington sein. Der abnorme Vorgang gibt Anlaß zu verschiedenen Vermutungen. Der britische Einfluß in den britischen Dominions scheint immer weiter zu sinken und das Ansehen Washingtons zu steigen. Aus der Tatsache der Einladung kann man auch schließen, daß Roosevelt immer skrupelloser in die britischen Rechte eingreift, um der ihm eigenen Herrschsucht zu frönen. Die Annahme der Einladung durch die drei Dominienpremiers läßt außerdem darauf schließen, daß die Unzufriedenheit dieser drei Dominiens mit England immer mehr steigt.

13 britische Jäger abgeschossen

× **Berlin.** Die britische Luftwaffe hat, wie das OKW. mitteilt, ihre Angriffsunternehmungen am Donnerstag gegen die Küste der besetzten Westgebiete teuer bezahlen müssen. Kurz vor 14 Uhr drang ein Verband von zwölf britischen Bostonbombern unter starkem Jagdschutz über die Sommemündung in den Raum von Abbeville ein. Einige über dem Flugplatz von Abbeville abgeworfene Sprengbomben richteten auf dem Rollfeld und in der Nähe einer Flugzeughalle nur unerheblichen Schaden an. Deutsche Jäger schossen in zahlreichen heftigen Kämpfen ohne eigene Verluste 13 britische Jagdflugzeuge ab. Gegen 18.50 Uhr versuchten mehrmals einige viermotorige feindliche Bombenflugzeuge, durch zahlreiche Jagdflugzeuge geschützt, in das Gebiet von Rotterdam einzufliegen. Die feindlichen Flugzeuge wurden von starken deutschen Jagdkräften schon vor Erreichen des Zieles abgefangen und zum Kampf gestellt. Daraufhin drehte der Verband, ohne zum Bombenabwurf gekommen zu sein, wieder nach See hin ab.

50 000 streiken in Kalkutta

— **Bangkok.** Trotz schärfsten Maßnahmen der Briten gelingt es diesen nicht, die Unruhen in ganz Indien einzudämmen. Aus einer Reihe von Städten und Orten aus dem ganzen Land liegen Nachrichten vor, die von schweren Zusammenstößen sprechen. In Bombay hat der gesamte Stadtrat sich mit dem Allindischen Kongreß solidarisch erklärt und die weitere Zusammenarbeit mit den Briten abgelehnt. Der britische Vizekönig hat daraufhin den Stadtrat aufgelöst und in seiner Gesamtheit verhaften lassen.

Die Aufstandsbewegung beginnt sich nun auch auf die Arbeiter der Rüstungsindustrie auszudehnen. So sind allein in Kalkutta 50 000 indische Arbeiter der Rüstungsindustrie in den Streik getreten. Auch auf die Rüstungsindustrie in Bengalen hat diese Bewegung übergegriffen.

SLUB
Wir führen Wissen.